

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin: Mittwoch, 23.03.2022
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Ouedraogo, Abdou

SPD-Fraktion

Davids, Walter für Horst Götze
Noetzel, Sabine für Doris Kruse
Rehling, Gertrud

CDU-Fraktion

Ohling, Albert
Risius, Andrea (bis 18:50 Uhr)

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Göring, André

FDP-Fraktion

von Gliszczynski, Alexander

GfE-Fraktion

Martens, Michael

Gruppe DIE FRAKTION

Mennenga, Lars für Stefan Luitjens

Beratende Mitglieder

Holle, Stefanie
Kamer, Stefan
Malanowski, Jörn

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker Stadtrat

von der Verwaltung

Snakker, Kerstin
Lisson, Carsten
Obes, Dirk, Dr.
Schabler, Martin
Schüning, Helga
Krebs, Julian
Olk, Imke

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Gäste

Tobias, Ute
Wolf, Tine

Emder Pflegegenossenschaft eG
Emder Pflegegenossenschaft eG

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ouedraogo begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ouedraogo teilt mit, die Tagesordnung werde um den TOP 2.1 „Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG“ ergänzt.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Herr Ouedraogo nimmt die Verpflichtung des sonstigen stimmberechtigten und beratenden Mitgliedes Stefanie Holle gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 02.02.2022

Beschluss: Das Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration vom 02.02.2022 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 5 Mitgliedschaft der Stadt Emden in der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG
Vorlage: 18/0271

Frau Snakker teilt einleitend mit, bereits seit einigen Jahren stehe die Verwaltung mit Frau Tobias hinsichtlich des Themas Pflegegenossenschaft in Kontakt. Im vergangenen Jahr sei eine Stellungnahme abgegeben und im Rahmen eines Förderantrages berücksichtigt worden. Seitens Frau Tobias sei der Wunsch an die Verwaltung herangetragen worden, dass die Stadt Emden der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG beitreten solle. Intern sei entschieden worden, dass die Stadt Emden den innovativen Ansatz des Konzeptes unterstützen möchte. Die Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG stelle eine Alternative in der Emdener Pflegelandschaft dar. Der Mitgliedsbeitrag betrage jährlich 80 Euro. Zudem müsse in 2022 einmalig ein Genossenschaftsanteil i. H. v. 300 Euro erworben werden. Sie bittet Frau Tobias um nähere Erläuterungen.

Frau Ute Tobias, Vorstandsvorsitzende der Emdener Pflegegenossenschaft eG, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Ziele der privat initiierten Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG. Ergänzend schildert **Frau Tine Wolf**, Mitglied der Pflegegenossenschaft, ihre persönlichen Erfahrungen bei der Versorgung ihrer Mutter und bei der ehrenamtlichen Unterstützung pflegebedürftiger Nachbarn. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Im Anschluss an die Präsentation informiert **Frau Tobias**, es seien vier Pflegekräfte für Fachfragen anwesend und gesprächsbereit.

Herr Grendel lobt das Engagement von Frau Tobias, moniert allerdings die pauschal geäußerte Kritik am etablierten Pflegesystem. Es gebe in diesem Ausschuss Ratsmitglieder und beratende Mitglieder, die selber Pflegedienste leiten würden und diese wolle er ausdrücklich davon ausnehmen. Er macht deutlich, dass man sehr wohl mit den „Schattenseiten“ des Pflegebereiches beschäftigen müsse. Aber als Vorstandsmitglied der Stadtverwaltung könne er die Aussage, die klassische Pflege sei insgesamt korrumpiert und kaputt, nicht so stehen lassen.

Er begrüßt die Motivation von Frau Tobias. Der innovative Ansatz sollte seitens der Kommune auch unterstützt werden, um die Entwicklung und Verwirklichung der Ziele der Genossenschaft in der Praxis zu erproben und zu erleben. Er führt aus, dass der Vortrag von Frau Tobias mehr auf die Kennzeichnung bestehender Probleme in der klassischen Pflege als der Darstellung der projektierten Lösung ausgerichtet sei und am Ende eher einer Werbeveranstaltung glich als der Vorbereitung des angestrebten Beschlusses.

Frau Tobias entgegnet, ihre Aspekte kämen aus der wissenschaftlichen Diskussion. Sie habe auf keinen konkreten Aspekt in einem Emdener Betrieb hingewiesen. Die Vorgehensweise zur Vorbereitung eines Beschlusses kenne sie nicht. Ihrem Verständnis nach sollte die Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG präsentiert werden. Der Pflegegenossenschaft sei es wichtig einen Appell zu setzen, welche Probleme sie im Pflegebereich auf alle zukommen sehe. Sie bedankt sich für die Einladung.

Herr Quedraogo bedankt sich für den Vortrag und bittet um weitere Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Frau Holle erwidert als Geschäftsführerin des Caritasverbandes für Ostfriesland und beratendes Ausschussmitglied, sicherlich sei der Pflegeberuf anstrengend. Doch es gebe viele Pflegekräfte, die sich auch heute noch sehr stark engagieren. Deshalb unterstütze sie die Aussage von Herrn Grendel. Sicherlich stehe man unter einem wirtschaftlichen Druck und es sei keine Frage, dass diese Situation gemeinsam betrachtet und auch das Thema Ausbildung in den Blick genommen werden müsse. Sie fühle sich durch die Aussagen von Frau Tobias persönlich angefasst.

Frau Tobias argumentiert, sie sei gelernte Altenpflegerin. An dem Projekt Pflegegenossenschaft habe sie drei Jahre ehrenamtlich nebenberuflich gearbeitet. Ziel sei es, Pflegekräften in der derzeitigen Situation eine Unterstützung anzubieten. Das Thema verfolge sie seit 25 Jahren. Sie nehme wahr, dass es den Pflegekräften nicht gut gehe. Dies sei ihr gegenüber auch geäußert worden. Sie habe lediglich ihre Wahrnehmung beschrieben und was der Bürgerschaft Sorgen bereite.

Frau Holle räumt Mängel in der Struktur ein. Jedoch möchte sie die Wahrnehmung, die gerade bei ihr angekommen sei, Frau Tobias spiegeln. Sie stellt klar, Pflegedienste würden kämpfen, damit Pflege sehr menschenwürdig und orientiert an den Bedürfnissen ablaufe.

Herr Göring bedankt sich ebenfalls für den Vortrag sowie für die klärenden Worte von Herrn Grendel. Er erklärt, jeder Leistungserbringer in Emden versuche sich mühevoll um Mitarbeiter*innen zu kümmern. Als Geschäftsführer eines Pflegedienstes versuche er dies rund um die Uhr. Möglicherweise gebe es Ausnahmen, diese seien ihm jedoch nicht bekannt. Seiner Meinung nach liege die Problematik eher bei den Kostenträgern. Das Engagement von Frau Tobias sei grundsätzlich positiv. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung könne er jedoch nicht ganz nachvollziehen. Die Formulierung könne auch anders verstanden werden. Deswegen schlägt er vor, die Vorlage zur weiteren Diskussion in die Fraktionen zurückzugeben.

Weiter erinnert er an den Fachkräftemangel. Er schildert, die kürzliche Einstellung des ambulanten Pflegedienstes der AWO führte bei allen Pflegediensten zu vielen Anfragen nach Pflegeplätzen. Diese Anfragen hätten bedauerlicherweise verneint werden müssen. Solch eine Situation könne zu gesundheitlichen und sozialen Beeinträchtigungen von pflegebedürftigen Menschen führen. Das Ehrenamt sei ein wichtiger Punkt. Als Beispiel nennt er die Organisation „Netzwerk“. Lohndumping solle vermieden werden. Er weist in diesem Zusammenhang auf die fest vorgegebenen Leistungskomplexe der Pflegeversicherung hin. Ab dem 01.09.2022 würden aufgrund der gesetzlichen Vorgaben die Mindestlöhne für Pflegekräfte in Deutschland steigen. Spätestens dann würde es keine großen Unterschiede mehr geben. Dies sei seiner Ansicht nach richtig.

Herr Grendel begrüßt den genossenschaftlichen Ansatz. Er würde dies auch nicht mit einem niedrigbezahlten Ehrenamt vergleichen. Es gebe Familien, die sich sehr stark um zu pflegende Personen kümmern würden, auch wenn diese in stationärer oder ambulanter Pflege seien. Er glaube der Ansatz der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG sei, das Leistungsportfolio und damit mittelbar das Finanzierungssystem zu ergänzen. Praktisch entstehe eine Interessengemeinschaft für eine zusätzliche Leistung, welche eine größere Nähe zu den zu pflegenden Menschen erbringe. Wenn sich dadurch Netzwerke ergeben, sei es letztendlich egal, ob diese aus dem Verwandten-, Bekanntenkreis oder aus dem Ehrenamt kämen.

Frau Snakker nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Göring und stellt klar, mit der Formulierung habe sie keine Kritik an dem jetzigen Pflegesystem ausdrücken wollen. Sollte dies so herausgelesen worden sein, bedauere sie dies. Sie habe darstellen wollen, dass es sich bei der Pflegegenossenschaft um die Möglichkeit einer Erweiterung der bestehenden Pflegelandschaft

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

handele und darüber andere Netzwerke eingebunden werden könnten. Ziel der Stadt sei die Einbindung von Nachbarschaftshilfe und Ehrenamtlichkeit zu fördern. Dieser Ansatz sei bei der Pflegegenossenschaft zu sehen und zu unterstützen. Sie macht auf den steigenden Anteil der pflegebedürftigen Menschen und die damit verbundenen Kosten aufmerksam. Die Kosten seien in einem Rahmen zu halten, den die Stadt auch weiterhin tragen könne. Sie unterstreicht, es ginge ihr nicht darum, in irgendeiner Form das bestehende System zu kritisieren.

Frau Rehling gibt an, sie könne die Motivation von Frau Tobias aufgrund eigener Erfahrungen bei der Pflege von Angehörigen nachvollziehen und verstehen. Aus den Unterlagen gehe jedoch nicht deutlich hervor, was konkret geschehe, wenn Pflege benötigt werde. Sie erkundigt sich, ob alle Leistungen ehrenamtlich seien und bittet um nähere Erläuterungen.

Frau Tobias antwortet, es handele sich um ein soziales Projekt. All das was die Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG sich wünsche und was sie organisieren möchte, werde aus der Sozialgesetzgebung nicht bezahlt, d. h. mehr Prävention bei Pflegebedürftigkeit und im Idealfall eine hohe Zufriedenheit der Mitarbeitenden. Dafür brauche die Pflegegenossenschaft Mitglieder. Ziel sei zu wachsen und viele Menschen auf die bestehende Problematik hinzuweisen. Weiter solle ein ambulanter Pflegedienst gegründet werden, mit dem Mittel für den Ausbau des genossenschaftlichen Vorhabens im Sinne der Klienten erwirtschaftet würden. Denkbar seien dann beispielsweise ambulante WGs, etc. Zudem würden Pflegekräfte durch die andere Form der Arbeit ihre Bedürfnisse besser befriedigen. Sie verweist auf Untersuchungen, die dieses belegten.

Frau Noetzel findet innovative Ideen immer sehr spannend aber auch herausfordernd. Sie stimme zu, dass man auf einen massiven Fachkräftemangel zusteure. Auch mit der generalistischen Pflegeausbildung würde es eher weniger Pflegekräfte geben. Jedoch fordere auch sie mehr Informationen zur Ausgestaltung des Konzeptes. Nach Aussage von Frau Tobias solle ein ambulanter Pflegedienst aufgebaut werden. Sie erkundigt sich, ob die Pflegekräfte dort dann quasi übertariflich von den Genossenschaftsanteilen finanziert würden. Auf der anderen Seite möchte sie wissen, welche Kosten die zu pflegende Person zu zahlen hätte.

Sie könne ebenfalls nicht nachvollziehen, warum die Stadt Emden als Kommune Mitglied in der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG werden solle. Sie unterstütze den Vorschlag von Herrn Göring, die Vorlage noch einmal zurück zur Beratung in die Fraktionen zu geben.

Herr Grendel greift den Vorschlag auf, die Vorlage noch einmal zur Beratung zurück in die Fraktionen zu geben. Den Fraktionen stehe es frei, Frau Tobias in die Fraktionssitzungen einzuladen, damit sie dort die Fragen beantworten könne. Letztendlich gehe es in dem Beschluss lediglich darum, ob sich die Stadt an der Pflegegenossenschaft beteiligen dürfe. Er könne verstehen, dass eine Mitgliedschaft seitens der Pflegedienste kritisch gesehen werde.

Des Weiteren möchte er die Bemerkung von Frau Tobias hinsichtlich der zur Verfügungstellung von kostenfreien Räumen genauer darstellen. Es handele sich dabei um eine Starthilfe für ein Projekt, welches die Stadt für innovativ halte. Als Kommune sollte dies ein Stückweit unterstützt werden. Es handele sich nicht um eine Bevorteilung, weil die Stadt auch in jedem anderen Fall bei Bedarf Räumlichkeiten für entsprechende Zwecke zur Verfügung stellen würde. Mit Blick auf die vorangeschrittene Zeit plädiere er dafür, die Diskussion auf 10 Minuten zu beschränken.

Frau Risius sagt, das große Engagement von Frau Tobias werde deutlich. Sie findet es schade, dass im Vorfeld die Kommunikation mit den Emdener Pflegediensten nicht stattgefunden habe. Die Probleme im Pflegebereich seien allen bewusst. Sie selber habe persönlich gute Erfahrungen mit Pflegediensten gemacht. Sie stimme ihren Vorredner*innen zu, auch ihr sei die

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Beschlussvorlage nicht ganz klar gewesen. Die CDU-Fraktion werde sich dem Antrag von Herrn Göring anschließen.

Herr Ouedraogo hält fest, es gebe eine erste Tendenz. Er lasse noch zwei Wortmeldungen zu und würde den Tagesordnungspunkt dann schließen.

Frau Tobias signalisiert Gesprächsbereitschaft. Sie hält fest, dass sie nicht institutionsgebunden sei. Jede Argumentation könne sie aus der Sicht einer Organisation oder Partei nachvollziehen. Sie weist auf die zukommenden großen Probleme im Bereich der Pflege hin, welche im bestehenden System nicht bearbeitbar und lösbar seien. Erfreut sei sie über die 71 Bürger*innen, die bereits jetzt zusätzliche Ressourcen bereitstellen würden. Sie wisse, dass Pflegekräfte gute und ordentliche Arbeit leisten. Es gehe ihr darum, sich hinter diese Leute zu stellen, damit diese ihre Freude an ihrem Job behielten.

Frau Holle denke, alle Ausschussmitglieder hätten Herzblut für die Pflege. Sie ermutigt dazu, noch einmal gemeinsam an einen Tisch zu kommen um die offenen Fragen zu erörtern und Lösungen zu finden. Eine ordentliche und menschenwürdige Pflege sei ein großes Anliegen. Sie regt eine engere Vernetzung untereinander an. Eine Einladung zu einem Gespräch in den Fraktionen würde sie begrüßen.

Herr Ouedraogo bittet um Abstimmung, ob die Vorlage zurück in die Fraktionen verwiesen werden solle.

Die Fraktionen stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Vorstellung der Ergebnisse zum Forum „Gesundes Aufwachsen in Emden“
Vorlage: 18/0267

Herr Schabler teilt einleitend mit, das Projekt „Gesundes Aufwachsen in Emden“ sei in der Sitzung am 24.11.2021 vorgestellt worden. Der Arbeitsprozess sei nunmehr abgeschlossen und in einer Broschüre dokumentiert worden. Die Ergebnisse würden vom Team „Gesund in Emden“ (Helga Schüning, Sophia Bolinius und Imke Olk) vorgestellt. Die Prozess-Dokumentation beinhalte viele zusammengetragene Erfahrungen und Erkenntnisse. Vor diesem Hintergrund schließe der Vortrag mit einer kurzen Übersicht über mögliche und sinnvolle weitere Handlungsansätze ab.

Frau Schüning und **Frau Bolinius** stellen anhand einer Power-Point-Präsentation die Ergebnisse des Forums vor. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar. Den Abschluss bilde ein Film mit Impressionen vom Workshop.

Herr Ouedraogo bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring begrüßt die Dokumentation. Seiner Ansicht nach seien alle gefragt, die Folgen der Corona-Pandemie in der Zukunft nachhaltig zu reduzieren. Angebote für Kinder und Jugendliche

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

sollten deshalb stark forciert werden. Seiner Erfahrung nach würden insbesondere für Jugendliche Trefforte zum Vernetzen fehlen.

Frau Rehling lobt ebenfalls die Dokumentation und hebt den Arbeitsaufwand hervor. Sie fragt, ob eine kontinuierliche Durchführung des Forums beabsichtigt sei.

Herr Grendel begrüßt die Anregung von Frau Rehling. Er bedankt sich beim Team „Gesundes Aufwachsen in Emden“ sowie bei Herrn Sprengelmeyer für seine Initiative. Er erinnert an die Vorstellung des Kindergesundheitsberichts, dessen Erhebungszeitraum vor Beginn der Corona-Pandemie endete. Die vorliegende Studie ergänze diesen sinnvoll um den Blick in die nähere Vergangenheit und deren Auswirkungen auf die Kindergesundheit. Bei der soeben vorgestellten Auswertung seien 4 Expert*innen Workshops beteiligt worden. Dadurch habe man einen qualitativen Impuls erhalten und könne bei der Maßnahmenplanung zum Kindergesundheitsbericht nachsteuern. In einer normalen Phase würde aus dem Kindergesundheitsbericht eine qualitative Betrachtung erfolgen und anschließend eine Maßnahmenplanung. Aber eine Maßnahmenplanung, die auf Daten basiere, die in den letzten drei Jahren vor Corona erzielt worden seien, würde nicht hilfreich sein. Insofern ergänze diese Untersuchung den Kindergesundheitsbericht noch einmal nachhaltig. Der Kindergesundheitsbericht werde regelmäßig erneuert. Sollte es Anlass geben, noch einmal eine aktuelle Studie zu fertigen, werde aufgrund der guten Erfahrungen auf diesen Dialog- und Beteiligungsprozess zurückgegriffen.

Herr Schabler ergänzt, der Fokus liege bei den zukünftigen Handlungsanregungen. In erster Linie sei der Bewegungs- und Spieldrang während der Corona-Zeit stark ausgebremst worden. Hier müssten Gegenmaßnahmen ergriffen und werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Vorstellung der Anwendungen im KECK-Atlas Emden
Vorlage: 18/0268

Herr Schabler und **Herr Krebs** erläutern anhand einer Power-Point-Präsentation die Anwendungen im KECK-Atlas Emden. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Ouedraogo bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Kamer sei beeindruckt von der Vorstellung. Der KECK-Atlas sei sowohl für Privatpersonen wie auch für Vereine und Verbände eine wirklich gute Plattform. Er bedankt sich für die Tutorials und die FAQ, dies sei keine Selbstverständlichkeit.

Herr Grendel bedankt sich für die Präsentation. Den Nutzen neuer Medien sehe er positiv. Ziel sei es, insbesondere junge Menschen für diese Daten und Ideen sowie für die politische Diskussion zu begeistern. Der KECK-Atlas sei vielseitig zu nutzen. Insgesamt sei es ein großes Thema der Digitalisierung im Sinne von Open Data und Transparenz. Dieser Datenpool, der seit 2015 erhoben worden sei, könne nunmehr den Menschen für ihre eigenen Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Sachstand ukrainische Kriegsvertriebene

Frau Snakker informiert, derzeit seien 216 ukrainische Vertriebene, sowohl über Zuweisungen der Landesaufnahmebehörde und als auch durch Privatinitiativen, in Emden aufgenommen worden. Die Stadt Emden verfolge weiterhin ein dezentrales Unterbringungskonzept. Seit dem 21.03.2022 sei das Ankunftscenter in der ehemaligen Barenburgschule geöffnet. Gemeinsam mit den Hilfsorganisationen, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen werde dieses Ankunftscenter betrieben. Für die Unterstützung bedankt sie sich. Im Ankunftscenter würden die Zugangsprozesse, d. h. die Registrierung, erkennungsdienstliche Behandlung und ärztliche Untersuchung durchgeführt sowie die Leistungsanträge angenommen. Es sei eine gut ausgestattete Kleiderkammer vorhanden. Obwohl bereits viel Wohnraum akquiriert worden sei, würde weiterhin Wohnraum gesucht.

Es gebe Informationen, dass sich die Flüchtlingssituation in den nächsten Wochen nochmals deutlich verschärfen werde. Es sei nicht abzuschätzen, wie viele Vertriebene aus anderen Bundesländern umverteilt würden. Die Landesaufnahmebehörde teile die Zuweisungszahlen wöchentlich für die Folgewoche mit. Dabei weist sie darauf hin, dass es auch noch zu weiteren kurzfristigen Zuweisungen, mit einer Vorlaufzeit von 12 bis 24 Stunden, kommen könne. Der Fachbereich 600 habe an der Volkshochschule eine Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und Familien (Welcome-Center) eingerichtet. Dort sei eine Bildungsberatung geschaffen worden, d. h. es werde eine Kompetenzfeststellung mit Blick auf die schulische Versorgung durchgeführt. Ergänzt werde das Welcome-Center durch eine ärztliche Beratung und Versorgung. Weitere Angebote seien in Planung.

Herr Davids erkundigt sich nach der Aufnahmekapazität des Ankunftscenters.

Frau Snakker antwortet, aktuell seien 92 Betten mit einer Reserve von weiteren 10 Betten für den Notfall vorhanden. Gestern seien bereits 32 Personen aufgenommen worden. Weitere 16 Personen würden heute aufgenommen. Die Auslastung sei demzufolge recht hoch. Sie macht deutlich, dass es sich hierbei überwiegend um Menschen handle, die bereits in Emden seien, allerdings im privaten Wohnraum gelebt hätten oder übergangsweise in einem Hotel untergekommen seien. Da nicht für alle Vertriebenen sofort Wohnraum zur Verfügung gestellt werden könne, seien diese Personen zunächst in der Barenburgschule untergebracht.

Herr Grendel ergänzt, es sei nicht vorgesehen die Barenburgschule als Dauerunterkunft zu nutzen. In Verbindung mit dem Welcome-Center sollen die Menschen auf das Leben in einem dezentralen Wohnraum vorbereitet werden. Die intensiven Kontakte würden genutzt, um den Zugangsprozess zu optimieren. Die Akquise von Wohnraum sei wichtig, damit die Menschen sich weiterentwickeln könnten und wieder Platz für Neuankömmlinge vorhanden sei. In diesem Wettlauf stehe man im Moment und dies bedeute viel Arbeit und fordere die Struktur sehr. Er macht deutlich, bedingt durch die Corona-Pandemie und dem Angriffskrieg auf die Ukraine befinde man sich in gleichzeitig in zwei Krisenszenarien. Personelle und finanzielle Ressourcen seien dadurch mittlerweile sehr belastet.

Frau Holle teilt aus Sicht der Wohlfahrtsverbände mit, dass alle auf die gemeinsame Vernetzung, wie über #emdenhilft, angewiesen seien. Sie schildert, die Idee der Kleiderkammer sei innerhalb von 24 Stunden mit 14 ehrenamtlichen Helfern umgesetzt worden. Sie erlebe bei der Stadt durchweg Menschen, die mit guter Laune die umfangreiche Arbeit bewältigen würden. Absprachen seien kurz und flexibel. Respekt zolle sie den beiden Mitarbeitern, die das Ankunftscenter leiten.

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Es könne nicht davon gesprochen werden, dass die Verwaltung hier langsam arbeite, vielmehr sei das Gegenteil der Fall. Dafür bedankt sie sich herzlich.

Frau Rehling fragt, ob die ärztliche Untersuchung über das Gesundheitsamt geleistet werde. Zudem möchte sie wissen, wie der Rat oder die Bürger*innen unterstützen könnten. **Frau Snakker** antwortet, das ärztliche Personal werde über das Gesundheitsamt bzw. über das mobile Impfteam gestellt. Das mobile Impfteam im ATIZ sei aufgrund des Rückganges der Impfwillingkeit der Menschen nicht mehr voll ausgelastet. Auch seitens des Landes werde gewünscht, dass sich die mobilen Impfteams um die Impfungen der ukrainischen Vertriebenen kümmern. Die Erstuntersuchungen würden durch eine Ärztin des Gesundheitsamtes durchgeführt. Die zur Verfügung stehenden Kapazitäten würden gut eingesetzt, damit alle davon profitieren. Es sei auch weiterhin geplant, im ATIZ Zeiten für Impfungen, u. a. auch am Samstagvormittag, vorzuhalten. Das gleiche Team werde auch im Welcome-Center eingesetzt. Darüber hinaus solle täglich eine medizinische Sprechstunde im Ankunftszentrum durchgeführt werden.

Herr Grendel ergänzt, das Konzept sehe nicht eine volle ärztliche Versorgung vor. Sollten Befunde vorliegen, werde an die Hausärzte weitervermittelt. Entsprechende Kontakte seitens des Gesundheitsamtes beständen und das Netzwerk werde genutzt. Er macht darauf aufmerksam, dass nicht nur Covid-Impfungen vorgenommen würden, sondern Kinder benötigten beispielsweise für den Schulzugang auch eine Masernschutz-Impfung. Diese sei in Deutschland Pflicht, jedoch in der Ukraine nicht stark verbreitet, so dass da nachgearbeitet werden müsse.

Frau Snakker antwortet auf die Frage von Frau Rehling, über die Wohlfahrtsverbände sei das Ankunftszentrum mit Kleidung und Hygieneartikeln sehr gut ausgestattet worden. Derzeit würden Spinde benötigt, damit die Menschen ihre persönlichen Sachen unterbringen könnten. Hilfsangebote könnten an die Stadt gerichtet werden.

Herr Martens erkundigt sich nach der Anzahl der Kinder und wie viele davon schulpflichtig seien. Er möchte auch wissen, ob die Stadt über genügend Kapazitäten in den Schulen verfüge. **Frau Snakker** gibt an, 40 % der 216 Personen seien Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Darunter seien auch Kinder unter sechs Jahren, die noch nicht schulpflichtig seien. Nach der Schulvorbereitung und Kompetenzfeststellung im Welcome-Center würden Kinder und Jugendliche sukzessive in das Schulsystem überführt. Derzeit würden noch keine reinen Flüchtlingsklassen gebildet.

Herr Grendel ergänzt, vom Kultusministerium sei vorgesehen, Kinder und Jugendliche in Regelklassen zu beschulen. Die Schulpflicht entstehe am Ende erst mit dem Bescheid nach dem Aufnahmegesetz. Die Zwischenzeit solle genutzt werden, um Kinder und Jugendliche entsprechend vorzubereiten. Die Ukraine verfüge über ein sehr gutes Schulsystem, welches in der Einteilung dem deutschen System gleiche. Nach Äußerungen der ukrainischen Bildungsministerin könne die Beschulung durchgängig auch online aus der Ukraine geschehen. Dies werde nach seiner Einschätzung aber in der Gänze mit zunehmender Dauer des Krieges nicht mehr funktionieren. Es seien aber alle Lehrpläne und Lerninhalte im Internet hinterlegt, sodass Kinder und Jugendliche theoretisch mit einer begleitenden Kraft selbstständig lernen könnten. Auf der anderen Seite gebe es jedoch das Sprachproblem und eine andere Schriftform (kyrillisch). Die deutsche oder englische Sprache und damit die arabische Schrift sei nicht stark verbreitet. Deswegen werde die Kompetenzfeststellung durchgeführt, um die Kinder und Jugendlichen optimal zu fördern.

Herr Kamer verweist auf #emdenhilft. Er informiert, die Wohlfahrtsverbände seien täglich abwechselnd im Ankunftszentrum. Derzeit würde Spielzeug benötigt. Sachspenden könnten in den sozialen Kaufhäusern abgegeben werden. Dort würden Spenden von Haupt- und Ehrenamtlichen gesichtet und vorsortiert. Somit könne aus dem dadurch vorhandenen Lager schnell auf den Bedarf reagiert werden.

Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Herr Grendel bekräftigt, es sei nicht angezeigt, Spenden in der Barenburgschule abzugeben. Über die Datenbank #emdenhilft würden Sach-, Zeit- aber auch Geldspenden und sonstige Unterstützungsangebote registriert. Bei Bedarf würde darauf zurückgegriffen, um dann gezielt zu helfen. Er betont, das Ankunftszentrum in der Barenburgschule sei eine Übergangsunterkunft. Viele Familien seien bereits in eigenem Wohnraum oder bei Verwandten untergekommen. Auch diese Menschen wollen versorgt werden. Er bittet, an der zentralen Struktur festzuhalten und die Datenbank zu nutzen.

Frau Snakker teilt mit, die Landesaufnahmebehörde habe darauf hingewiesen, dass sich die Kommunen auch auf Vertriebene mit Haustieren einstellen müssten. Haustiere könnten nicht in der Gemeinschaftseinrichtung aufgenommen werden. Es sei bereits Kontakt zum Emdener Tierheim aufgenommen worden. Das Tierheim sei bereit, Kleintiere aufzunehmen. Jedoch könnten aus Kapazitätsgründen derzeit keine Hunde aufgenommen werden. In Zukunft würden möglicherweise Personen benötigt, die übergangsweise einen Hund aufnehmen könnten. Eine gesonderte Info hierzu werde noch erfolgen.

Herr Ouedraogo sagt abschließend, es handele sich um Menschen, die nach Deutschland kommen und es sollte versucht werden, diese vertriebenen Menschen aufzunehmen. Erst wenn diese Menschen aufgenommen worden seien, könnten die Probleme erkannt werden. Er fühle sich als Ratsherr verantwortlich für jeden Menschen, der in die Kommune komme. Die Hilfsbereitschaft der Bürgerschaft begrüße er.

TOP 9 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.